

„Europa war, wie immer, mit ihren Gefährtinnen aus dem Haus gegangen. An der Mündung des Flusses lief Europa mit ihrem goldenen Korb zwischen den Rosen umher. Plötzlich sahen sie sich von einer Herde von Stieren umzingelt, die von dem Boten Hermes angetrieben wurden. Darunter einer aus blendendem Weiß, mit kleinen Hörnern, die wie leuchtende Edelsteine aussahen. Nichts Drohendes ist in seinem Ausdruck. Dieser besondere Stier war Zeus, der sich unsterblich in Europa verliebt hatte. Er versuchte mit allen Tricks, seine Untreue vor seiner argwöhnischen Gattin Hera zu verbergen, so dass Europa, die am Anfang furchtsam war, diesem weißen Maul ihre Blumen hinstreckt. Der Stier stöhnt vor Lust, wirft sich wie ein Hündchen ins Gras und bietet seine kleinen Hörner den Kränzen dar. Die Prinzessin wagt es, auf seinen Rücken zu steigen, die Beine seitwärts gewendet. Nun bewegt die Herde sich unauffällig vom trockenen Flussbett zum Strand. Scheinbar unentschlossen nähert der Stier sich dem Wasser. Dann ist es zu spät: Schon stürzt sich das weiße Tier in die Wellen, mit Europa auf dem Rücken, sie wendet sich um: Mit der rechten Hand hält sie sich an einem Horn fest, mit der anderen stützt sie sich auf das Tier. Sie versuchte den Stier zurück zu treiben und rief um Hilfe, da sie nicht wusste, dass der weiße Stier Zeus war, doch es gelang ihr nicht. Der Luftzug ließ ihre Kleider flattern, und der Stier schwamm mit ihr auf die Insel Kreta, wo er sich in Zeus zurückverwandelte.“

– Ovid: *Metamorphosen*: II 833-875

Griechenland und der Raub Europas

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mit ein paar Zeilen erläutern, warum ich die Erklärung von Winfried Wolf, Elmar Altvater und Norman Paech „Griechenland, das Diktat von IWF und die deutsche Verantwortung“ für einen Fehler und sie im besten Fall für ein Thesenpapier halte, das als Ausgangspunkt für eine gründliche Analyse und Debatte der Ursachen der Krise der Eurozone und damit der Europäischen Integration im Wissenschaftlichen Beirat von Attac dienen kann und nicht als dessen Endpunkt.

1. Das Papier ist aus dem sicher ehrenwerten Impuls entstanden, den Griechen gegen die diffamierenden Darstellungen in der deutschen Öffentlichkeit, durch Medien und Politik, zur Seite zu springen und auf die deutsche Mitverantwortung an der griechischen Misere zu verweisen. Soweit die gute Absicht. Die Umsetzung aber misslingt.
2. Die Griechen werden als ohnmächtige Opfer böser Mächte dargestellt: „Der IWF und die EU haben für Griechenland ein Diktat beschlossen. Damit wird in Griechenland ein demokratischer Prozess als Reaktion auf die Krise unterbunden. Griechenland soll in einen halbkolonialen Status versetzt werden“. Das ist starker Tobak: Es war die demokratisch gewählte PASOK-Regierung, die nach ihrem Wahlsieg im vergangenen Herbst die ganze Misere der griechischen Staatsfinanzen öffentlich gemacht, bereits erste Maßnahmen („Sparprogramme“) dagegen eingeleitet und schließlich um die Hilfen von IWF und EU gebeten hat. Dieser Regierung die demokratische Legitimation für ihre Handlungen abzusprechen, zeugt von einer ebensolchen Arroganz gegenüber dem griechischen Volk wie die Fakelaki-Hetze der anderen Seite – nur mit umgekehrten Vorzeichen.

3. Das Papier ist bei der Analyse des Zusammenhangs zwischen griechischer Krise und Krise der Eurozone zumindest in sich widersprüchlich, wenn nicht sogar unterkomplex und irreführend: Winfried Wolf schrieb in seiner Kritik an dem von Peter Wahl herum geschickten und vom Institut des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUI) initiierten Erklärung am 28.4.10, dass die Krise der Eurozone auch damit zusammen hänge, „dass die Einheitswährung für einen Kreis extrem unterschiedlicher Länder mit extrem unterschiedlicher Produktivkraftentwicklung dazu führen MUSS, dass die produktivsten Ökonomien gestärkt und die schwachen Ökonomien geschwächt werden“. Dieser interessante, aber unbewiesene Gedanke findet sich auch in dem Papier von Wolf, Altvater und Paech vom 7. Mai 2010 wieder: „Bei Einführung des Euro im Jahr 2000 war klar: Damit wird den ökonomisch schwächeren Eurozonen-Ländern die Möglichkeit aus der Hand genommen, durch regelmäßige Abwertungen ihrer Währung die eigene Wettbewerbsfähigkeit tendenziell zu gewährleisten.“ Was soll das bedeuten? Sind nun der Euro und der damit verbundene Abschied von der Möglichkeit, durch Abwertungen der Drachme Wettbewerbsfähigkeit zu generieren, schuld an der griechischen Misere? In dem Papier wird dazu letztlich keine eindeutige Position bezogen, denn ein paar Zeilen weiter heißt es: „Es war absurd anzunehmen, dass die griechische Ökonomie ohne diesen Mechanismus im Gleichgewicht bleiben könnte, zumal es keinen EU-Staat und auch in der Eurozone keine einheitliche Wirtschaftspolitik gibt.“ Hier wird von den Autoren die entscheidende Frage der ganzen Euro-Griechenland-Thematik nur angedeutet, ohne weiter darauf einzugehen: Liegt die Ursache der griechischen Misere *grundsätzlich* im Beitritt Griechenlands zur Europäischen Währungsunion begründet oder liegt sie in der *falschen Konstruktion* einer im Grundsatz richtigen Eurozone? Weil sich das Papier von Wolf, Altvater und Paech um diese entscheidende Frage herum drückt und sich dabei in Widersprüche verstrickt, halte ich es für unterkomplex und irreführend. Das von Winfried Wolf so gezeißelte Papier von ETUI und 160 Unterzeichnenden aus dem akademischen Bereich ist hier viel klarer und lesenswerter.
4. Ich nehme einmal an, die Autoren wollen nicht ernsthaft einer Auflösung der Eurozone das Wort reden oder das gar zum Konsens im wissenschaftlichen Beirat von Attac erklären. Dann bleibt eine zentrale Frage offen: *Wie muss die Eurozone gestaltet sein, dass sie nicht bei der ersten ernsthaften Belastung wieder auseinander fliegt?* Um es an dieser Stelle kurz zu machen: Die Währungsunion wird nur dann dauerhaft aufrecht zu erhalten sein, wenn sie um eine Ex-ante-Fiskalunion ergänzt wird. Was wir im Moment erleben, ist doch faktisch eine Ex-post-Fiskalunion (die die Souveränität der Schuldner- und der Gläubigerländer einschränkt): die europäischen Bürgerinnen und Bürger werden nachträglich für das Versagen der fiskalpolitischen Mechanismen in Haftung genommen und schließlich zur Kasse gebeten, weil bisher, insbesondere in Deutschland, der Irrglaube vorherrschte, auf eine vorausschauende gemeinsame oder zumindest koordinierte Fiskal- und Sozialpolitik verzichten zu können. Die Manifestation dieses Irrglaubens war der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der ja bekanntlich auf deutsches Bestreben zustande kam und vor allem einen Zweck hatte: eine effektive europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik durch ein zahnloses Regelwerk zu verhindern. Dieses typische deutsche Konstrukt ist durch die Griechenland-Krise nun endgültig und dauerhaft diskreditiert und gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Bleibt somit die Frage, wie es weiter geht: Entweder rückwärts zu einem absurden europäischen Währungsnationalismus, der nie eine globalisierungskritische, linke Forderung war oder vorwärts zur Schaffung einer effektiven europäischen Fiskal- und Sozialpolitik. Über einen Punkt sollte dabei Klarheit bestehen: Auf jeden

Fall ist auch die Bewegung hin zu einer Fiskalunion mit Eingriffen in die nationale Souveränität verbunden, in das Haushaltsrecht als dem „Königsrecht“ der nationalen Parlamente (wie FDP und einige Grüne momentan unisono lamentieren): entweder bekommt das Europaparlament zulasten der nationalen Parlamente einen nennenswerten Haushalt durch Umleitung zumindest eines Teils der nationalen Einkommen- und/oder Finanztransaktionssteuern, mit dem es auch fiskal- und sozialpolitisch agieren kann oder die nationalen Regierungen müssen sich zumindest verpflichten, ihre Haushaltspläne vor der nationalen parlamentarischen Beratung zuerst in Brüssel vorzulegen, um sie effektiv mit einer europäischen fiskalpolitischen Strategie abstimmen zu können. Die Alternative ist nur der Status quo eines nachträglichen Eingriffs in die fiskalpolitische Souveränität der Schuldner- und Gläubigerländer, den wir momentan beobachten können. Diese Entscheidung steht momentan an und der Wissenschaftliche Beirat von Attac sollte sich nach einer qualifizierten Debatte dazu positionieren, wie der Prozess hin zu einer europäischen Fiskal- und Sozialunion demokratisch zu gestalten ist.

5. Ich bin sehr froh darüber, dass Elmar Altvater seinen Briefwechsel mit Niels Kadritzke öffentlich gemacht hat, weil Niels darin zurecht auf zwei weitere zentrale Defizite des Papiers aufmerksam macht: (1) die völlig unnötige Be- und Überlastung des Textes mit dem Hinweis auf noch ausstehende deutschen Okkupations-Entschädigungen; sie lenkt zudem vom oben angeführten Kernproblem der Griechenland-Euro-Krise ab: es handelt sich eben nicht um ein bilaterales Problem zwischen Deutschland und Griechenland, sondern um ein Problem in der Konstruktion des europäischen Gebäudes, (2) die absurde Freisprechung Griechenlands von jeglicher eigenen Verantwortung für die Krise seiner Wirtschaft und Staatsfinanzen; diese Art von Denk- und Kritikverbote stehen einem wissenschaftlichen Beirat von Attac schlecht an.
6. Abschließend muss ich noch ein paar kritische Worte zum Zustandekommen des Papiers hier niederschreiben: Ich halte es für nicht korrekt und nicht legitim, ein derart wichtiges Papier mitten in einer Arbeitswoche innerhalb von 48 Stunden in einem Verfahren der Selbstmandatierung, wie hier von Winfried Wolf durchexerziert, trotz Protest durchzupeitschen und dann als „Positionspapier des Wissenschaftlichen Beirates von Attac Deutschland“ auszugeben. Das gilt verschärft dann, wenn ein Papier derart kontroverse Inhalte verbreitet. Mitten in einer Arbeitswoche können viele Kolleginnen und Kollegen neben ihren laufenden Lehr- und Forschungsverpflichtungen gar nicht inhaltlich auf eine so komplexe Debatte reagieren. Diese künstliche Eile widerspricht zudem aller bislang im Wissenschaftlichen Beirat gängigen Praxis und ist auch nicht mit dem in Deutschland bereits seit Anfang des Jahres laufenden „Griechenland-Bashing“ zu rechtfertigen.
7. Etwas Gutes hat die Kontroverse um das Papier dennoch: Sie zeigt deutlich an, dass eine gründliche Debatte um die Zukunft der europäischen Integration innerhalb von Attac und seines Wissenschaftlichen Beirates notwendig ist: Die globalisierungskritische Linke sollte sich Europa nicht von den Bullen und Bären der Finanzmärkte rauben lassen.

Es grüßt aus Weimar

Thomas Sauer